

Presseinformation

Kiel, den 15.06.2005

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Anke Spoorendonk

Aktuelle Stunde Zukunft des europäischen Integrationsprozesses

„Manchmal brauchen die Politiker und Bürokraten einen Schubs“, sagte der irische EU-Kommissar Charlie McCreevy in einem Kommentar zu dem Nein der Franzosen und der Niederländer zur EU-Verfassung. Ob das reicht, ist aus Sicht des SSW immer noch eine offene Frage.

Wenn in diesen Gründerländern der EU – in den Niederlanden taten es über 60% der Menschen – eine Verfassung abgelehnt wird, die von der überwältigen Mehrheit der Politiker unterstützt wird, dann ist es offensichtlich, dass es eine große Vertrauenskrise zwischen der Politik und den Bevölkerungen in der Frage der zukünftigen Entwicklung der EU gibt. Im Übrigen ist dieses Misstrauen gegenüber der EU weit verbreitet – auch in Deutschland. Da darf man sich nichts vormachen.

Deshalb darf man jetzt auch nicht den Fehler machen zu sagen: „Das sind zwei isolierte Entscheidungen dieser Länder. Jetzt warten wir erst einmal ab, was die anderen EU-Länder zur Verfassung sagen.“ Das wird nicht funktionieren, und die britische

Regierung hat ja auch schon deutlich gemacht, dass sie keinen Sinn darin sieht, eine EU-Verfassung zur Abstimmung zu stellen, die nicht einmal im Kernland Frankreich eine Mehrheit gefunden hat. Auch in Dänemark äußern immer mehr Politiker ihre Bedenken dagegen, an der Volkabstimmung am 27. September festzuhalten, zuletzt z.B. auch Außenminister Per Stig Møller von der Konservativen Volkspartei und Svend Auken von den Sozialdemokraten.

Anstatt abzuwarten, ist es daher das Gebot der Stunde, klar und deutlich zu sagen: Die Verfassung in der vorliegenden Form ist tot und wird so nicht in Kraft treten können. Das kann man schlecht oder gut finden, aber es ist die politische Realität. Und dieser Tatsache muss man sich stellen, um das Projekt der europäischen Zusammenarbeit wieder auf einen vernünftigen Weg zu bringen.

Wichtig ist dabei natürlich auch, den Ursachen dieser Entwicklung auf den Grund zu gehen. Denn woran liegt es eigentlich, dass eine Verfassung, die nach Ansicht vieler Beobachter ein Fortschritt in demokratischer Hinsicht ist und auch die Arbeit der EU effizienter machen sollte, so kläglich scheitert?

Hört man sich die Argumente der Gegner an, dann fällt auf, dass sie sich oft nicht gegen die Inhalte der Verfassung wenden, sondern auf Themen fokussieren, die auf den ersten Blick nichts mit der Verfassung zu tun haben. Das gilt z.B. für die so genannte Dienstleistungsrichtlinie oder für einen möglichen EU-Beitritt der Türkei.

Diese Fragen muss man natürlich ernst nehmen – obwohl der SSW sich dagegen wendet, die Türkei-Frage, die erst in 20 oder 30 Jahren entschieden wird, jetzt populistisch auszunutzen, wie es die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in einer gemeinsamen Presseerklärung gemacht haben.

Denn in Wirklichkeit geht es doch bei der EU-Debatte um das Gefühl vieler Bürgerinnen und Bürger, dass die Entwicklung in den letzten Jahren zu schnell gegangen ist. Und es geht um ihre konkrete Angst, den Arbeitsplatz und ihren Wohlstand zu verlie-

ren. Dabei ist unerheblich, dass diese Entwicklung viel mehr mit dem Ende des Kalten Krieges und der radikalen Globalisierung der Wirtschaftsräume als mit der Entwicklung der EU zu tun hat.

Aber dennoch haben die Regierungen und Politiker der EU eine große Verantwortung für dieses Misstrauen, das sich gegen Brüssel aufgebaut hat. Man hat den Menschen in Europa nicht hinreichend klar gemacht, welche Ziele - z.B. mit der EU-Osterweiterung - und überhaupt mit der Weiterentwicklung der EU verbunden sind. Vor allen Dingen hat man überhaupt nicht den Dialog mit den Menschen in diesen wichtigen Fragen gesucht.

Dazu kommt, dass sich die europäischen Staaten intern nicht darüber einig sind, ob die EU nun eine angelsächsische Ausrichtung haben soll oder ob das Europäische Sozialstaatsmodell weiterhin gelten soll.

Mit anderen Worten: die Strategie der gleichzeitigen Erweiterung und Vertiefung der EU ist gescheitert. Es ist also an der Zeit innezuhalten und zu überlegen, welche EU-Zusammenarbeit am sinnvollsten ist und welche von den Bevölkerungen Europas auch mitgetragen wird. „Weniger ist manchmal mehr.“ Dieses Sprichwort könnte auch für die EU in Zukunft gelten. Wichtig wird aber auch sein, dass man in entscheidenden Fragen, die die Zukunft der Nationalstaaten betrifft, Volksbefragungen durchführt – auch in Deutschland. Denn nur so fühlen die Menschen, dass sie ernst genommen werden, und nur so kann ein sinnvoller Dialog entstehend. Das muss für die Zukunft der entscheidende Maßstab sein, ansonsten waren die Volksabstimmungen in Frankreich und Holland vielleicht der Anfang vom Ende der EU.